Sachantrag

der Liste „Internationaler Jugendverein (IJV)“

**Aufruf zur Demo „5 Jahre Hanau – Zusammen erinnern,
gemeinsam kämpfen!“**

Auch in diesem Jahr wird es wieder eine Demonstration am 19. Februar geben, um den Opfern des rechtsterroristischen Anschlags vor fünf Jahren in Hanau zu gedenken. Ein Bündnis, welches vom Hamburger Bündnis gegen Rechts ins Leben gerufen wurde, hat mittlerweile folgenden Aufruf ausgearbeitet:

„5 Jahre Hanau

Zusammen erinnern – gemeinsam kämpfen!

Vor fünf Jahren, am 19. Februar 2020, hat ein Rassist neun Menschen in Hanau ermordet. Wir

gehen in diesem Jahr wieder auf die Straße, um den Toten zu gedenken:

Ferhat Unvar

Hamza Kurtović

Said Nesar Hashemi

Vili Viorel Păun

Mercedes Kierpacz

Kaloyan Velkov

Fatih Saraçoğlu

Sedat Gürbüz

Gökhan Gültekin

Wir dürfen ihre Namen nicht vergessen. Gemeinsam mit den Angehörigen fordern wir Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung und Konsequenzen!

Doch davon wollen die politisch Verantwortlichen nichts wissen. Die Versäumnisse und die Mitverantwortung der Sicherheitsbehörden sowie Politiker und Politikerinnen

für die Mordtat von Hanau bleiben unaufgeklärt. Die rechten Netzwerke in der Polizei bestehen weiter. Der strukturelle Rassismus und die alltägliche Diskriminierung prägen immer noch den gesellschaftlichen Alltag. Statt Konsequenzen sehen wir eine zunehmend rassistischere Politik und das Erstarren rassistischer Kräfte. Was gestern noch Hetze der AfD war, ist längst schon Regierungspolitik. Abschottungspolitik und menschenverachtende Gesetze wie das Sicherheitspaket oder das sogenannte Rückführungsverbesserungsgesetz sind zur rassistischen Realität geworden. Mittel für Migrationsberatungsstellen, Deutschkurse und Jugendeinrichtungen werden gekürzt.

Abschiebungen aus Frauenhäusern und Kirchen sind in Hamburg zur Realität geworden, entgegen geltender Absprachen. Migrantinnen und Migranten werden zu Sündenböcken der sozialen Missstände gemacht und Kürzungen in allen sozialen Bereichen mit dem „Migrationsproblem“ legitimiert, während auf der anderen Seite der Reichtum von einigen Wenigen unfassbar zunimmt und immer mehr Geld in Aufrüstung und Krieg gesteckt wird. Doch die Schuldigen dafür, dass im Sozialen, bei der Gesundheit und der Bildung gekürzt wird, sind nicht Menschen mit Migrationsgeschichte, sondern die mangelnde Bereitschaft zur Umverteilung der herrschenden Politik!

Stattdessen wird versucht, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft zu spalten und gegeneinander auszuspielen, um uns an einem gemeinsamen Kampf für soziale Gerechtigkeit zu hindern. Doch wir sehen auch, dass viele Menschen dagegen Widerstand leisten. Anfang des letzten Jahres gingen Hunderttausende gegen Rassismus und rechte Kräfte auf die Straße und immer mehr Menschen werden aktiv gegen Rechts. Diese Beispiele müssen wir stärken und uns noch besser organisieren. Denn wir sehen: Für Aufklärung und Konsequenzen müssen wir selbst kämpfen. Wir müssen den Kampf aufnehmen, damit nicht noch mehr Menschen aus rassistischen Motiven ermordet werden. Schließen wir uns zusammen gegen diejenigen, die uns spalten wollen!

Lasst uns gemeinsam am 19.02. auf die Straße gehen.

Zeit: 18 Uhr

Ort: Horner Rennbahn“

Petition:

Das Studierendenparlament unterstützt diesen Aufruf und ruft per Rundmail alle Studierenden dazu auf, sich zu beteiligen. Während die Parteienlandschaft und Gesellschaft immer weiter nach rechts rücken und dieser Rechtsruck auch vor den Unis nicht Halt macht braucht es Initiativen, die sich dieser Entwicklung entgegenstellen. Der 19. Februar ist nicht nur ein Gedenktag, sondern sollte für uns alle auch ein Kampftag für Solidarität und eine offene Gesellschaft sein, gegen Rassismus und Spaltung!

Begründung:

--